

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 20.

Mittwoch, 15. November.

1876.

Philadelphia, Paris, Berlin.

Unseren deutschen Alerpatrioten liegt die Weltausstellung, welche 1876 in Paris stattfindet, jetzt schon schwerer im Magen, als die Resultate, welche die verfloffene in Philadelphia für Deutschland erzielt hat, es bisher thaten.

Dass die „einfältigen“, „verkommenen“ Franzosen sich in Philadelphia durch ihre hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Industrie und der Kunst gegenüber den „herrlichen“, „glorreichen“ Deutschen so ausgezeichnet haben, hat unsere nationalen Schreibhülse allerdings geärgert, aber in ihrer Arroganz wußten sie sich über die Blamage leicht hinwegzusetzen und glaubten, daß schon bald Gras über dieselbe wachsen würde. Bei Wörth sind die Franzosen ja von den Deutschen tüchtig gepräget worden; wenn dieselben uns nun auch ein friedliches Wörth in Philadelphia bereitet haben, was schadet's — wir haben ja bei der Niederlage unserer Industrie immer noch unser herrliches Kriegsheer.

Aber jetzt wollen uns gar die vermaledeiten Franzosen, und zwar in Paris selbst, ein friedliches Sedan bereiten: — wir riefen 1870—71 fortwährend: „Nach Paris! Nach Paris!“ und nun ladet uns der höfliche Nachbar mit schmeicheleischer Geberde selbst nach seiner Hauptstadt ein, um mit ihm ein industrielles, kommerzielles Rummeltanzchen zu machen. Daß wir dabei auf dem glatten Parquetboden straucheln und wahrscheinlich auch fallen werden, ist wohl mit Gewißheit jetzt schon anzunehmen.

Diese Einladung ist eine französische Unverschämtheit, rufen verschiedene Alerpatrioten, wir dürfen uns an der Industrieausstellung zu Paris nicht beteiligen! Dieser Ruf findet in manchen Kreisen Widerhall, die sich freuen, auf so billige Weise dem friedlichen „Sedan“ zu entgehen.

Um Gründe ist man nicht verlegen. Der Eine sagt: „Die Beschickung der Industrieausstellung kostet uns mehr, als dieselbe im günstigsten Falle, auch wenn wir keine neue Blamage nach Hause bringen, uns einbringt.“ Der Andere meint: „Der Haß zwischen den beiden Nationen ist noch so groß, daß es in Paris leicht zu Reibereien kommen kann“ — und selbst die „Nationalzeitung“ stützt sich auf dieses Argument bei ihrer ablehnenden Haltung. Der echte, in der Wolle gefärbte Bismarckianer aber, der altdeutsche Heldenjüngling hinter dem Bierische, predigt mit hohem Stolz: „Wir haben etwas Besseres zu thun, wir haben eine höhere Mission, als im industriellen Kampfe uns zu quälen; wir marschieren an der Spitze der Civilisation, wir haben einen Kaiser, einen Bismarck und einen Moltke, wir beherrschen die orientalische Frage und alle anderen hochpolitischen Fragen — überläßt doch die Weltausstellungen den Krämerhülsern.“

Die Industriellen Deutschlands aber sind doch anderer Meinung; sie berechnen den großen Schaden, den Deutschland materiell erleiden muß, wenn es durch seine Nichtbeteiligung an einer Weltausstellung für längere Zeit vom Weltmarkt verdrängt wird, und auch der tollste Bismarcker, der nicht wie unser Bierphilister völlig vernagelt ist, sieht ein, daß es mit der Bismarckerei und selbst mit dem herrlichen Kriegsheere ein rasches Ende nehmen würde, wenn die deutsche Industrie, der deutsche Handel und die deutsche Arbeit noch mehr und zwar auf die Dauer zurückgeschleudert würden. Wir sehen deshalb auch, daß die meisten liberalen Organe trotz des gekränkten Patriotismus zu einer Beschickung der Pariser Ausstellung anrathen, und alle — selbst die schärfsten Gegner der Staatshilfe — betonen dabei, daß das Reich die Kosten für diese Beschickung tragen solle. Die Fabrikanten verlangen dies natürlich in erster Linie, auch der berühmte Kritiker, Professor Reuleaux, und selbst Dr. Max Hirsch, der selbstverständlich auch bei dieser Forderung von der Solidarität zwischen „Arbeitgebern“, Technikern und Arbeitern falet. Doch auf solche Dummheiten können wir uns bei dieser Gelegenheit nicht einlassen.

Auch wird schon gemeldet, daß in irgend einer Form diese Frage vor den Reichstag, und zwar baldigst, gebracht werden solle.

Wir sind nun ganz gewiß im Prinzip für Staatshilfe, auch in diesem Falle. Daß dieselbe aber ganz einseitig den Industriellen, den Fabrikanten ohne entsprechende Gegenleistung der Gesamtheit gegenüber gegeben werden soll, dafür sind wir nicht. Man muß auch die Bürgerschaft haben, daß die zu gewährenden Millionen nicht unnütz verpulvert werden.

Wodurch erhalten wir diese Bürgerschaft?
Durch entsprechende Maßregeln, welche das Reich zum Schutze und zur Besserstellung der Arbeiter ergreift! Dazu gehören in erster Linie der Normalarbeitstag und der Minimallohn. Dadurch wird die von den Fabrikanten selbst niedergebrachte Tüchtigkeit der Arbeiter wieder gehoben, und Fürst Bismarck braucht sich nicht mehr im Reichstage zu quälen, um „vollwirthschaftliche“ Reden zu halten.

Wenn aber die Arbeitskraft in derselben Weise wie gegenwärtig von den Industriellen weiter ausgebeutet wird, so werden keine guten Produkte erzielt werden können — es wird dann die deutsche Devisse immer lauter: „Billig und schlecht!“ — und die für die Ausstellung bewilligten Millionen sind für die Kasse. Wir wissen nun wohl, daß die angebotenen Maßregeln zur Hebung der Arbeiterklasse nicht von entscheidender Wirkung auf ihre dauernde Lage sind, und wir betrachten sie deshalb auch nur als Abschlagszahlung — wir lassen mit uns eben, nach dem in Westdeutschland gang und gäben Ausdruck, „handeln“; wir wissen ferner, daß sie auch nicht einmal zur Bekämpfung kommen werden auf der nächsten Weltausstellung zu Paris, aber der Anfang zu einer Besserung muß gemacht werden, und ist dieser Anfang gemacht, und realisiren sich dann naturgemäß nach und nach die übrigen „berechtigten“ Forderungen der Arbeiterklasse, dann reifen wir die anderen Kulturkrieger mit — sie müssen, wenn sie

nicht zurückbleiben wollen — in einen Wettkampf, dessen Resultate später ganz allein die Weltausstellungen bestimmen.

Es wird sich herausstellen, daß dann die auf dem Pfade des Sozialismus am weitesten fortgeschrittenen Nationen auch den ersten Rang einnehmen in den Erzeugnissen der Kunst und der Industrie. Geht Deutschland voran, macht es den Anfang durch Feststellung eines Normalarbeitstages und Minimallohnes, dann kann man sicher sein, daß die nach der Pariser folgende Ausstellung, die wir unter solchen Verhältnissen gleichfalls gern in Berlin (Professor Reuleaux äußert den Wunsch) lähen, für Deutschland einen glänzenden Ausgang nehmen würde.

Will das deutsche Reich der Industrie in Bezug auf die Beschickung der Pariser Weltausstellung Staatshilfe gewähren, so darf dies nicht geschehen, ohne auch zugleich die Grundlage zu geben, auf welcher eine Anbahnung zur dauernden Verbesserung unserer Arbeiter- und Industriezustände überhaupt nur zu erstreben ist. Und diese Grundlage haben wir eben ange- deutet.

Nebenbei wollen wir noch bemerken, daß wir auch verlangen, daß zu den Weltausstellungen, zu denen das Reich den Fabrikanten Mittel bewilligt, auch eine entsprechende Anzahl Arbeiter zur Ausbildung geschickt werden müssen, die allerdings nicht von den Landräthen, Bürgermeistern, oder gar von den Fabrikanten selbst ausgesucht, sondern von öffentlichen Arbeiterversammlungen gewählt werden.

Wir betrachten die nächste Ausstellung zu Paris nur als eine solche, wo wir noch zu lernen haben.

Ob wir das nun von dem „Erbfeind“ oder von dem „Erbfreund“ müssen — ist ganz gleichgültig. Jahrhunderte lang haben wir von den Franzosen gelernt, weshalb jetzt nicht mehr? Sind wir dieselben vorangeit — und wir werden es, wenn wir unsre Arbeiter früher, als sie es thun, vom Druce des Kapitals befreien — dann werden sich die Franzosen bequemen müssen, von uns zu lernen. Lernen ist überhaupt keine Schande! Höchstens bei den Krantjüngern und liberalen Bierphilistern.

Zum Schlusse wollen wir noch bemerken, daß wir allen denjenigen Rühmthürigen in Deutschland recht geben, welche den Franzosen den Vorwurf machen, daß sie ohne Vereinbarung mit den anderen Nationen die Weltausstellung pro 1876 in Paris einfach proklamirt haben. Doch nicht die Franzosen allein verdienen Tadel, sondern alle Nationen, welche bis jetzt eine Weltausstellung veranstaltet haben; sie haben sämmtlich in ähnlicher selbständiger Weise, wie die Franzosen verfahren.

Die Weltausstellungen sind international, sie sollen auch danach behandelt werden. Vertreter der Nationen müssen zusammenkommen, und zwar vom Volke gewählte Vertreter, und die Vereinbarungen treffen, zu welchen natürlich auch die Bestimmung zählt, wo und wann die nächste Ausstellung stattfindet.

Das Gewinsel unserer deutschen Alerpatrioten über Philadelphia und Paris kann nichts helfen; Deutschland muß in den sauren Apfel beißen. Wandelt dasselbe aber den von uns angegebenen Weg, so würde mit Zustimmung der andern Nationen und der deutschen Arbeiter die demnächst folgende Weltausstellung in Berlin stattfinden, und wahrlich nicht zum Schaden und zur Schande Deutschlands.

Aber vor allen Dingen muß Germania baldigst schon das Schwert niederlegen und Meißel und Pflug zur Hand nehmen — der Militarismus, der Chauvinismus muß aufhören, und Deutschlands Söhne müssen in friedlichen Bestrebungen sich selbst und andere Nationen achten lernen.

Dann, aber auch nur dann, führen die Niederlage zu Philadelphia und der Bußgang nach Paris zu einem glänzenden und nicht beneideten Siege zu Berlin.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Auf politischem Gebiet ist das wichtigste „Ereignis“ der Woche, daß der englische Premierminister Disraeli (oder wie er als „Pair“ getauft worden ist: Lord Beaconsfield) sich in einer Rede auf das Entschiedenste für die Integrität (Gebiets-Unverletzlichkeit) der Türkei ausgesprochen und mit den bezeichnenden Worten geschlossen hat: „wenn ein Krieg entstehen sollte, so wird England durch seine großen Hilfsquellen besser als andere Länder vorbereitet sein. England wird nur für die gerechte Sache Krieg führen, wenn derselbe aber einmal ausgebrochen ist, so wird es kämpfen bis der Gerechtigkeit Genüge geschehen ist.“ Der „friedliche“ Gzar hielt es für nöthig, darauf kriegerisch zu antworten, indem er in einem zu Moskau losgelassenen Speech betheuerte: „er habe für die Christen in der Türkei verlangt, was Recht und Gerechtigkeit erfordern; und wenn das nicht gewährt werde, so sei Rußland gezwungen, zu den Waffen zu greifen.“ Das ist etwas dunkel. Meint „Väterchen“ die von England formulirten und von den übrigen Mächten acceptirten Forderungen, so war das Bramarbasieren höchst überflüssig, denn diese Forderungen sind thatsächlich bewilligt; meint er andere, nun — dann wird er sich zweimal besinnen, ehe er den Säbel zieht, mit dem er gefaselt hat. Jedenfalls mag er sich die Worte Disraeli's hinter die kaiserlichen Ohren schreiben und in seinem Land den Christen halb so viel Recht und Freiheit geben, als die Christen in der Türkei besitzen. Seine unglücklichen „Untertanen“ könnten dann sehr zufrieden sein! (S. unter Heuilletou.) Für diesen, von elenden Goldschreibern als das Muster aller menschlichen Vollkommenheit beschriebenen Despoten scheint die Parabel vom Falken und Splinter nicht zu existiren, und das Wort des Franzosen: die Heuchelei sei der Tribut, welchen das Kaiser der Jugend zolle, findet hier keine Anwendung mehr, wo es sich schon um etwas mehr handelt als Heuchelei.

— Aus Bosheit! Der deutschen Fortschrittspartei wurde im Reichstage bei Gelegenheit einer Forderung der Reichsregierung für Aenderungen im Reichsfinanzamt eine betreffende Summe zu gewähren, der Vorwurf von kirchlicher Seite gemacht, daß sie die Ministerverantwortlichkeit nur auf dem Programm hätte, ohne zur rechten Zeit thatsächlich dafür einzutreten; hier sei dazu die beste Gelegenheit. Der große Freiheitsmann Eugen Richter erklärte darauf im Namen der Fortschrittspartei, daß dieselbe nur deshalb die Geldforderung der Regierung bewillige, weil die Regierung so ungehindert alle Experimente durchmachen könne, um selbst einzusehen, daß der von ihr bisher verfolgte Weg der falsche sei — so komme man am leichtesten zum Ministerverantwortlichkeitsgesetz. — Also „aus Bosheit“ wirft die Fortschrittspartei der Regierung das Geld an den Kopf — eine schöne Bosheit.

— Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß Deutschland der unterthänige Diener Rußlands ist, so wäre er durch folgende Mittheilung der „Germania“ erbracht. Dieselbe schreibt: „Dem russischen Offiziere v. Klafschakoff ist der Rest seiner ihm wegen Diebstahls zuerkannten Gefängnißstrafe im Wege der Gnade, welche in Folge diplomatischer Verwendung angerufen war, erlassen worden. Der Russe entläßt aber nicht den ihm vom Titular Landrath ausgelieferten Geistlichen Bronzko, trotzdem sich unser auswärtiges Amt für den letzteren verwendet hat, wie wir wenigstens annehmen müssen, nachdem die Petition des Propstes Habermann in Tilsit dem Reichskanzler vom Parlament überwiegen wurde. Das Sprichwort „Eine Hand wäscht die andere“ scheint also, trotz aller diplomatischen Beziehungen mit Rußland, sich hier nicht zu bewähren.“

— Herr Stephan hatte am vorigen Mittwoch „keinen guten Tag“. Bei der zweiten Beratung des Postetats wurden verschiedene Beschwerden laut; unter andern brachte der Abgeordnete Schorlemer Alt (Centrum) das scandalöse Circular, betreffend die Ledochowski'sche Briefadresse zur Sprache, und gab Hrn. Stephan Gelegenheit, seine bekannten Eigenschaften und Eigenthümlichkeiten zu entfallen. Befragt, ob die Oberpostdirektionen in Bromberg und Posen das bekannte Facsimile (Nachbildung der Briefadresse) hätten nachbilden und den unter ihnen stehenden Postbehörden mit der Weisung zugehen lassen, Briefe mit ähnlich geschriebenen Adressen an die Staatsanwaltschaft abzuliefern, erklärte der Herr Generalpostmeister, die genannten Oberpostdirektionen hätten ein solches Facsimile nicht angefertigt (was sehr richtig ist, da die englischen Oberpostdirektionen sich nicht mit lithographischen Arbeiten befassen). Weiter eraminirt, meinte der scharfsinnige Herr Generalpostmeister, es sei keine Veranlassung der genannten zwei Oberpostdirektionen gewesen, daß das Facsimile angefertigt worden, gab also indirekt das Vorhandensein des Facsimile's zu. Es bedurfte einer dritten Befragung, um den Herrn Generalpostmeister das direkte Beständnis zu entlocken, daß die obengenannten Oberpostdirektionen das vom „Vorwärts“ zuerst veröffentlichte Circular erlassen, und das Facsimile auf Requisition der Oberstaatsanwaltschaft versandt haben. Also das Facsimile ist von den Oberpostdirektionen in Bromberg und Posen nicht angefertigt, wohl aber versandt worden. Das Wortspiel entspricht dem geistreichen Naturell unseres Herrn Generalpostmeisters. Ferner behauptete Herr Stephan, weder der Generalpostmeister, noch das Generalpostamt seien direkt mit dieser Angelegenheit betraut worden. Die Sache sei indeß ganz in der Ordnung, denn wenn auch die Verfassung das Briefgeheimniß garantire, so enthalte sie doch die Einschränkung: „Ausnahmen bestimmt das Gesetz“, und an die Ausnahmen bestimmenden Gesetzen „haben wir in Preußen keinen Mangel“, wie der Herr Generalpostmeister scherzhaft hinzusetzte — offenbar um den Glauben an die Fiktion des Briefgeheimnisses in kundlichen Gemüthern zu stärken. Nach dieser tröstlichen Versicherung wiederholt Herr Stephan sein — berühmtes Wort: „die Briefe sind auf der Post so sicher wie die Bibel auf dem Altar“. Vom Abgeordneten Windthorst darauf aufmerksam gemacht, daß die Post zwar möglicherweise die Briefe so heilig halten könne wie die Bibel es auf dem Altar sei, daß aber die geheime Polizei vielleicht der Post einen Strich durch die Rechnung mache“, vertieg sich Herr Stephan zu dem kühnen Auspruch, wenn die geheime Polizei derartiges sich herausnehme hätte er, der Generalpostmeister, doch etwas davon erfahren müssen, allein es seien keine Beschwerden seitens des Publikums eingelaufen. Wüßten wir nicht durch Prozesse, die Herr Stephan gegen den „Volkstaat“ angestrengt hat, daß er den „Volkstaat“ (und gewiß jetzt den „Vorwärts“) liebt, so würde uns diese Behauptung nicht überrascht haben. Da aber der „Volkstaat“ (und neuerdings der „Vorwärts“) zahlreiche Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses konstatirt hat, so bleibt uns nichts übrig, als den Auspruch des Hrn. Generalpostmeisters auf ein etwas mangelhaftes Gedächtniß zurückzuführen. Nachdem hierauf der Abgeordnete Schorlemer gezeigt, daß das Circular in der Ledochowski'schen Briefangelegenheit aber die staatsanwaltschaftlichen Befugnisse hinausgehe, und das Briefgeheimniß faktisch aufhebe, da der Brief jeder Person, die eine der Ledochowski'schen ähnliche Hand schreibe, auf Grund dieses Circulars eröffnet werden könne, sieht sich der unvermeidliche Herr Kaiser veranlaßt, die Dringlichkeit der Sache zu proklamiren und eine Interpellation zu empfehlen. Zum Schluß bricht der in die Enge getriebene Hr. Stephan noch eine Lanze für die — Staatsanwälte, denen im Lauf der Debatte Stiebertastigkeit vorgeworfen worden war, und erklärt pathetisch: „den Vorwurf der „mechtastigkeit“ der Staatsanwälte muß ich

zurückweisen.“ Es wäre besser gewesen, er hätte die ihm selbst gemachten Vorwürfe zurückgewiesen, oder zurückweisen vermocht. Damit war der „Zwischenfall“ vorläufig erledigt. Sozialdemokraten kamen nicht zum Wort. Eine Interpellation nicht nun bevor. Sollte sie unseren Abgeordneten nicht die Möglichkeit zur Aufdeckung der Briefstieberei bieten, so beabsichtigen dieselben einen besonderen Antrag einzubringen, zu dem sie allerdings die Unterstützung von Mitgliedern anderer Parteien bedürfen. Bei der dritten Lesung des Etats wird aller Wahrscheinlichkeit nach Sankt Valentin eine Behandlung des kühneren Themas verhindern. Indef, was auch beliebt werden möge, unsere Abgeordneten werden Mittel und Wege finden, um vor der Deffentlichkeit festzustellen, wie es ums Briefgeheimniß im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte steht.“ —

— Ein unwillkürliches Eingeständniß. Die nationale liberale „Magdeburgerische Zeitung“ wirft sich plötzlich als Beschützerin der Pressefreiheit auf; sie sagt: „Ohne Geschworenengerichte keine Pressefreiheit, ohne Pressefreiheit keine gesunde Entwicklung des Staatslebens.“ Dabei beklagt sie, daß die Justizcommission wankelmüthig geworden sei und daß aus dem Entwurf der Reichsjustizgesetze jedenfalls der Passus, welcher die Pressevergehen vor die Schwurgerichte verweise, verschwinden werde. Die „Magdeburgerin“ hofft aber dabei, daß das Plenum des Reichstags fest bleiben und auf Beibehaltung dieses Passus bestehen würde, und zählt dabei diejenigen Parteien auf, welche durch die Verweisung der Pressevergehen vor die Geschworenen „eine gesunde Entwicklung des Staatslebens“ wollen. Da ist zunächst die Fortschrittspartei (die „Magd. Bzg.“ nennt die Mitglieder derselben sonst: Doktrinäre, die mit dem Schädel durch die Wand rennen), dann kommt das Centrum (die „Magd. Bzg.“ nennt die Herren vom Centrum sonst: Jesuiten, Volksoberverwalter, Radschrittlere), dann kommen die Polen und Elässer (die „Magd. Bzg.“ nennt dieselben sonst: Reichsfeinde) und demnach kommen die Sozialdemokraten (die „Magd. Bzg.“ nennt dieselben sonst: Räuber, Mörder, Banditen, Böbel, Ehebrecher, Brandstifter, Umstürzler, Kulturfeinde, Sittenvergifter u. s. w.), mit welchen Arm in Arm die „Magdeburgerische Zeitung“ jetzt die gesunde Entwicklung des Staates anbahnen will. Dazu kommen dann auch noch, wie die „Magdeburgerin“ bestimmt erwartet, wenigstens so viele Nationalliberale vom linken Flügel, daß die Majorität gesichert erscheint. — Da haben wir's nun endlich heraus, was wir schon lange gesagt haben: „Das Gros der Nationalliberalen und die Conservativen sind „Reichsfeinde“, während die Liberalen und Sozialdemokraten „Reichsfreunde“ sind.“

— Geschichtskennntniß der Liberalen. In Nr. 259 der „Dresdner Zeitung“ bespricht augenscheinlich der Redakteur selbst, Dr. Karl Wippermann, den Ausspruch, welchen kürzlich der Herzog Decazes in der französischen Kammer that: „Der Friede ist der überlegte und freie Beschluß der französischen Nation“ — in edler patriotischer Heftigkeit und zeigt dabei Geschichtskennntniß, die ihn vollaus berechtigen, die Quarta eines Gymnasiums auf mindestens zwei Jahre wieder zu besuchen. Der Herzog erguß laut nämlich wörtlich: „Hätte Bismarck nicht so fest am Bündniß mit Rußland, hätte er es nicht so geschickt verstanden, auch Oesterreich mit in diesen Bund zu ziehen, so würde die Stimmung in Frankreich eine ganz andere sein und würde der Minister von Frankreichs Berufung, an der Spitze der Civilisation gegen die barbarischen Türken zu schreiten, in ähnlicher Weise vorgetragen haben, wie der dritte Napoleon vor 22 Jahren.“ — Zuerst selbstverständlich das überhöchste Lob Bismarck's, dann die heftigste Behauptung, die Franzosen würden den Krieg provoziren, wenn der deutsche Reichskanzler sie nicht zurückhielte, und zuletzt eine bodenlose Unwissenheit in der jüngsten Geschichte. Jeder Quartaner weiß, daß Napoleon III. mit den Türken, Engländern und Piemontesen gegen die Russen gekämpft hat, daß es ihm gar nicht eingefallen ist, die Türken Barbaren zu nennen, und daß ganz bestimmt der Herzog Decazes jämmerlich Piasco bei den Franzosen machen würde, wenn er mit „Väterchen“ vereint, durch „russische Kultur“ den „türkischen Barbarismus“ verdrängen wollte. — Devot, chauvinistisch und national-bornirt, von einer bodenlosen Unwissenheit durch und durch getränkt — so haben

wir auch hier wieder ein Exemplar eines in der Wölle gefärbten Nationalliberalen erwischt.

— Ein nationalliberaler „Kulturkämpfer“ — Rathhoff heißt der Mann und Professor und auch Doktor zugleich ist er seines Reichens — hat sich jüngst in einer Kamatsversammlung des Reichvereins zu Dresden in einem Vortrage über „die Geschichte des Kulturkampfes“ vernehmen lassen. Das nationalliberale Auditorium lohnte den Vortrag „mit reichem Beifall“ und ein Dresdner Correspondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ findet ihn sogar vortrefflich. Aber was ist vortrefflich? Der blühende Unsinns etwa, den der Professor Rathhoff aufspricht? Oder ist es kein Unsinns, den Kampf zwischen Bismarck und den Ultramontanen, also zwischen zwei freundschaftlichen Gewalten, einen „Kulturkampf“, einen „geistigen Kampf“ zu nennen, für den es kein „offizielles Datum des Anfangs“ gebe, der aber eigentlich auf das Jahr 804 zurückzuführen sei, „wo die weltgeschichtlichen Gelüste des Papstthums begannen“? Ist es kein Unsinns, die Tragikomödie, welche der Papst Gregor VII. mit Kaiser Heinrich IV. von Deutschland in Canossa aufführte, mit der „Geschichte des Kulturkampfes“ in Verbindung zu bringen? Was haben überhaupt die weltgeschichtlichen Gelüste des Papstthums und die nicht minder stark vorhandenen „weltgeschichtlichen Gelüste“ der Fürsten mit der „Geschichte des Kulturkampfes“ zu thun, wenn nicht das, daß sie immer und überall die Kultur vernichten halfen und den „geistigen Kampf“, d. h. die Entwicklung des Menschengesistes, hemmten? Aber was streiten wir noch, wenn ein nationalliberaler Professor Karriere machen will — und das wollen sie ja alle — so ist ihm eben jedes Mittel recht; und da kann es auch nicht Wunder nehmen, wenn ein hinterpommerscher Junker über Nacht zum „geistigen Vorkämpfer der Menschheit“ erhoben wird.

— Die sächsischen Pfaffen evangelisch-lutherischer Richtung hielten vor kurzem auf einer sogenannten Landesynode in Dresden großen Rath. Die Thätigkeit, welche die frommen Herren dort entwickelten und für welche sie sich obendrein noch drei Thaler täglich bezahlten ließen, zeugt von allem Anderen, nur nicht von der vielgepriesenen christlichen Nächstenliebe. Bekanntlich hat das Civilehegesetz — übrigens eines von den wenigen Gesetzen, mit welchen man sich einigermaßen befreunden kann — einen nicht unbeträchtlichen Ausfall an kirchlichen Trauungen und Tausen zur Folge gehabt. Darüber nun sind die christlichen Herren außerst erbost, und da sie das Gesetz selber nicht so ohne Weiteres beseitigen können und auch der Scheiterhaufen aus der Mode gekommen ist, so haben sie beschloffen, allen Denjenigen, welche die „kirchliche Ordnung“ mißachten, das Stimmrecht bei den Kirchenvorstandswahlen zu entziehen; auch ist den Aeltern der „kirchlichen Ordnung“ die Fähigkeit abgesprochen, als Kirchenvorstand zu fungiren oder ein anderes kirchliches Ehrenamt zu bekleiden; desgleichen sind sie des Rechtes, Pöthelstelle zu vertreten, für verlustig erklärt, und was das Betrübnisse ist — auch die Absolution und das Abendmahl wird diesen Sündern verweigert. Da haben wir die Bescheerung. Nun werden doch hoffentlich die räubigen Schäferlein wieder massenhaft unter die Obhut ihrer frommen Seelenhirten zurückkehren und sich geduldig scheeren lassen, wie das früher der Fall war. Es war ja so schön! Wie aber, wenn kein vernünftiger Mensch — und derer werden glücklicherweise immer mehr — sich um den Jorn der frommen Wäthricher kümmert, und wenn gar, was sicher kommen wird, der Staat seine Hand von der Kirche wegzieht? Nun, dann werden wir es noch erleben, daß die Herren Seelsorger, welche heute noch das große Wort führen, nicht einmal tauglich sind — zum Steinkloppen. —

— Eine organisirte Verbrecherbande. Uns wird zur Veröffentlichung nachstehendes Schreiben überbracht, welches ein Leipziger Bürger aus München erhalten hat: „Haben Sie Lust, binnen drei Monaten tausend Thaler baar zu verdienen, wenn Sie blos Strohmann zu sein brauchen, und kein Risiko oder Gewissensbisse zu fürchten haben? Man verkauft ein Lager anstatt baar — blind und giebt Ihnen Quittung zur Höhe des Honorars. Sie berechnen ohne Aktiven oder Passiven, falliren, und dann leistet der einzige Gläubiger auf seine Forderung Verzicht. Man hat Sie als tüchtig empfohlen. Gef. Antwort bis 1. Dezember d. J. postlagernd Liegnitz unter Rückgabe dieses.“

August Ostermann.
Zunächst wollen wir bemerken, daß der Adressat äußerst em-

pört war darüber, daß „man ihn als tüchtig empfohlen habe“; dann aber liegt es auf der Hand, daß die Existenz derartiger organisirter Banden in Deutschland kein besonders gutes Licht auf unsere politischen, und ein ganz miserables Licht auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse wirft. Solchen „reellen“ Deutschen soll der Teufel trauen, und wir haben von Franzosen gehört, daß sie oft genug an gut empfohlene Deutsche Baaren auf Credit gefandt, aber in sehr häufigen Fällen keine Zahlung erhalten hätten. Das ist auch ein großer Krebsgeschaden an unseren kommerziellen Verhältnissen. Unsere Polizei aber ist zu viel mit den Sozialdemokraten und Merkmalen beschäftigt, sie ist mit solcher Arbeit überhäuft, daß es ihr wohl unmöglich ist, den Spigbüben genauer auf die Finger zu sehen.

— Wiederherstellung Polens. Unter der Ueberschrift: „Eine politische Anschauung von der russischen Politik“ bringt die englische Zeitung „Globe“, eine Inschrift von dem in London ansässigen polnischen Oberst T. Dombrowski (einem Bruder des Commune-generals), in welcher es u. A. heißt: „Die Zerstückelung Polens gebar die orientalische Frage, und nur durch die Wiederherstellung Polens kann diese Frage befriedigend gelöst werden. Anno 1863 leisteten wir ohne Geld und ohne Waffen 300,000 Mann regulären russischen Truppen 14 Monate Widerstand, und wenn England den vierten Theil des Geldes, das es ausgab, um die Türkei aufrecht zu erhalten, für Polen verwendet hätte, würde letzteres schon lange frei gewesen sein und die orientalische Frage würde gar nicht existiren. Um der russischen Aggression nicht allein gegen die Türkei, sondern gegen ganz Europa für immer ein Ende zu setzen, giebt es nur ein Auskaufsmittel, nämlich die Errichtung einer unübersteigbaren Schranke — die Wiederherstellung des Polens von 1772. Durch dieses Mittel würde man Europa ein politisches Gleichgewicht geben, wie solches nicht existirte, seitdem Polen zerstückelt wurde.“

Die Wiederherstellung Polens genau in den Grenzen von 1772 ist wohl kaum möglich; so viel aber ist gewiß, jeder Versuch, die Macht Rußlands zu brechen, muß erfolglos sein, wenn er nicht auf die Wiederherstellung Polens hinzielt; dann ist aber der Erfolg auch sicher, und Rußland wird vorwiegend eine asiatische Macht, unschädlich für Europa. — Sollte der russisch-türkische Krieg nächstes Frühjahr zum Ausbruch kommen, so wird allem Anschein nach die polnische Frage eine bedeutende Rolle spielen.

— An die Parteigenossen! In den meisten Städten und Dörfern hat man mit Aufstellung der Wählerlisten zu den Reichstagswahlen begonnen. Die Parteigenossen werden er sucht, sich bei ihren Hauswirthen oder Schlafstellenvermietnern zu erkundigen, ob sie von ihnen in die Listen eingetragen sind. Ist dies nicht geschehen, so muß sich der Betreffende entweder jetzt bei der betreffenden Behörde melden, oder aber, wenn die Wählerlisten öffentlich aufliegen, unter Vorzeigung einer Legitimation die Eintragung des Namens verlangen. — Wie einzelne liberale Zeitungen schreiben, soll der preussische Landtag schon den 10. Januar eröffnet werden; die Reichstagswahlen aber werden dann kurz nach Schluß der jetzigen Session stattfinden. Die Wählerlisten werden zu Anfang December aufgelegt, die Wahlen finden dann entweder zwischen Weihnachten und Neujahr oder in den ersten Tagen des Januars statt. Das Letztere ist das Wahrscheinlichste.

— Verfolgungen über Verfolgungen. Den 7. d. Mts. wurde der Redakteur an der „Bergischen Volksstimme“, Benzinger, wegen Pressevergehen zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. — Am 9. d. Mts. stand der Redakteur desselben Blattes, Lange, der schon seit 7 Monaten bedacht ist, wegen Bis-Mark-Beleidigung — man konnte nicht recht ersehen, ob die „Beleidigung“ den Herrn Bismarck oder das Zwei-Markstück betraf — vor dem Eberfelder Gerichte und erhielt eine „Zusatzstrafe“ von 14 Tagen. — Am selbigen Tage wurde der Redakteur desselben Blattes, Grunewald, zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. — Schöne Pressefreiheit, das!

Correspondenzen.

Möln in Lauenburg, 1. November. Um zu zeigen, daß auch hin und wieder ein anständiges liberales Blatt auftaucht, oder ein liberales Blatt hin und wieder in einen anständigen Ton verfällt, bringen wir nachstehende Correspondenz aus der

So stand einst ein junger Mann vor Gericht, der an Gesundheit und Verstand stark gelitten hatte, und sein Advokat schloß die Verteidigungsrede mit folgenden Worten: „Die ganze Verhandlung hat erwiesen, daß die Anklage eine absichtlich erlogene war, und ich bitte, gegen den Kläger Herrn D. die gerichtliche Untersuchung einzuleiten.“

Der Angeklagte wird freigesprochen und kommt zu seinem Lieben, welche die Hoffnung hegen, durch gute Pflege seine Gesundheit wieder herzustellen, doch noch in derselben Nacht wird er abgeführt, er ist nie wiedergekommen!!

So etwas geschieht auf folgende Weise: Für den lägenhaften Kläger verwendet sich ein Beamter mit folgenden Worten: Das Gericht hat beschloffen, den Beamten Herrn D. zu verfolgen, das ist aber einer der besten Beamten (soll heißen: mit dem ich oft gemeinschaftlich Geschäften (!) gemacht habe) und wenn der vor Gericht kommt, so macht das einen schlechten Eindruck auf das Volk (soll heißen: dann zeigt er auch mich an), und wir verlieren dadurch viel an Einfluß und Achtung (soll heißen: ich bin dann gezwungen, Anzeige zu meiner Rechtfertigung zu machen aber . . . Sie wissen ja); dieser Freigesprochene aber ist wirklich ein Verbrecher; er ist nur so listig, daß man ihm nichts beweisen kann (soll heißen: es ist ja besser, einen Menschen nach Sibirien zu schicken, als uns blamiren zu lassen). Daraufhin dann geht der Verbannungsbeehl im Namen des Kaisers aus! —

Es würde leicht sein, vor Gericht zu beweisen, daß der Name Alexander's II. viele tausend Male, wie oben beschrieben, gemißbraucht wurde.

Aber die Geister der Gemordeten und Gequälten schweigen nicht; sie rächen sich schwer an ihren Peinigern, das beweist ein Brief, den der Schreiber des Schriftchens nach Schluß desselben aus Süd-Rußland erhielt. Er lautet u. a.:

„Halt, September 1876.
„Der Kaiser kam unlängst mit seiner Begleitung in Livadia an, aber wie verdirbt ist Alles!“

„Der Generaladjutant Potapow — unter dessen Regime auch Sie schon zu dem lebendig Begrabenen gehörten — sagte zum Kaiser, nachdem sie eben das Schiff in Odessa beistiegen hatten: Majestät! die Geister der unschuldig Ge schweben immer noch über uns, ich sehe in den Wolken das zürnende

*) Diebsnacht war durch einen Krankheitsfall in seiner Familie verhindert, der zweiten Verurteilung des Staats bezuwohnen.

Russische Kultur.

Die Lage der deutschen Colonisten in Rußland.

(Schluß.)

Man kann dem Umsturz alles Bestehenden nur mit Freuden entgegensehen, von welcher Partei er auch in Angriff genommen werden wird. Trotz aller Reformen, die blos gegeben zu werden scheinen, um Europa zu täuschen, ist Alles wie vor hundert Jahren: Tausende sitzen in finsternen Kerkern, Tausende schmachten in Verbannung, ohne Gericht, ohne Urtheil; es wird gepöthelt, geknüttelt und gemartert. Das Letztere soll nur an Solchen geschehen, welche nicht mehr freikommen, damit sie nichts nach erzählen können.

Als im letzten Februar in St. Petersburg in einem Gewölbe acht Menschen, freilich schon verweirte, gefunden wurden, welche zentnerlastere Ketten um den Hals hatten, deren anderes Ende in die Wand festgemauert war, da schrieben die russischen Zeitungen rasch, sie stammten noch aus der Schwedenzeit (?), aber so mußten sie schreiben bei solcher Censur und Kneute. Daß diese acht Mann dort vergessen wurden, ist nicht so wunderbar, denn in Rußland giebt es Hunderte Verbannte, die auch vergessen worden sind, denn anders läßt sich eine 24-jährige Verbannung ohne Gericht und Urtheil nicht erklären.

Der Verfasser der Broschüre lernte einen Mann kennen, dessen Bruder in der Peter-Pauls-Festung Jahre lang gefesselt hatte, zwar nie gemißhandelt ward, aber auch ohne jemals verhört zu werden, entlassen wurde; als er dann den Grund seiner Verhaftung erfahren wollte, sagte man ihm: Gehen Sie, damit es Ihnen nicht ärger ergehe.

Er erzählte, daß in der Festung hin und wieder die gräßlichsten Klaggeschreie zu hören waren, aber immer nur des Nachts.

Nicht minder schrecklich ist die Lage vieler Verbannter, denen das Wenige, was sie besitzen und erwerben, gestohlen und geraubt wird, und die oft dem Hungertode nahe sind.

Einige Verbannte, die 1875 aus der Zwangsarbeit zu lebenslänglicher Verbannung begnadigt wurden, schrieben in einer Bitte an die Pariser Folgenden: „Gott ist unser Zeuge, daß wir ganze Tage ohne Nahrung zu liegen; nach 12 wüthenden Tagen von

überstanden haben, ist unsere Lage noch schrecklicher als bei der Zwangsarbeit, wo wir wenigstens Brot und Lager hatten. Hunger und Kälte, die bis 40 Grad (?) steigt, werden uns tödten, wenn Gott uns nicht rettet.“

Und ähnliche Fälle ließen sich zu Tausenden aufzählen; sind doch 75,000 Leute internirt, ohne Untersuchung und Urtheil, ohne zu wissen warum, noch auf wie lange. Von ihnen meldet die Statistik Nichts, und Nichts davon, daß nach der neuen Gerichtsordnung eine Dauer der Untersuchungshaft von zwei bis sechs Jahren nicht ungewöhnlich ist.

Was können gegenüber diesen Verhältnissen die Deutschen Besseres thun, als Rußland verlassen!

Wenn in den Ostprovinzen mit List und Gewalt russifizirt wird, wenn den Kleinrussen verboten wird (im Juli 1876), in ihrer Sprache Bücher zu drucken; wenn den Uniten in Polen die Kinder gewaltsam getauft und die Erwachsenen mit Pöthel und Peitsche in die rechtgläubige Kirche getrieben werden (August 1876); wenn die Regierung in so freventlicher Weise die den Deutschen gemachten Versicherungen und die ihnen bewilligten Privilegien beseitigt und jenen das entsetzliche Loos der russischen Bauern droht, dann dürfen sie nicht in jenem verrätherischen, contractbrüchigen Lande bleiben, müssen sie auswandern.

Man verweise nur nicht auf den milderen Wortlaut der Gesetze, — darauf, daß durch das Gesetz von 1866 die Kneute abgeschafft ist. Das Gesetz ist dem russischen Beamten nichts als ein hohler Worthall, sein Gesetz ist seine Willkür.

Und dieser ist es zu danken, daß Niemand sicher ist vor der Kneute. Wer Abends noch mit gutem Gewissen zur Ruhe geht, ist oft schon Morgens Meilen weit auf dem Wege nach Sibirien, und seine Frau und Kinder, die von allem nichts erfahren, haben beim Erwachen nur die Freiheit, zu folgen oder den Ehecheidbrief zu nehmen.

Ja, macht ein Beamter eine geheime Anzeige über Jemand, in solcher Form, daß man in der dritten Abtheilung glaubt, das Gericht würde ihn jedenfalls als schuldig verurtheilen, so wird, statt der Verbannung, Untersuchungshaft anbefohlen. Der Kläger erschrinkt, denn er weiß ja sehr gut, daß er alles gelogen hat, und er bereit sich die Sache 4—6 Jahre in die Länge zu ziehen. Ist der Un glückliche stark genug, solche Untersuchungs-

„Möllner Zeitung“: „Am Montag Abend fand im Ehlers'schen Lokale eine sozialdemokratische Volksversammlung statt, welche ziemlich zahlreich besucht war. Als Referent war Herr Zimmerer Kapell aus Hamburg hier. Derselbe legte in längerem, fließendem und namentlich vollständig sachlichen und gemäßigten Vortrage die Ziele der Sozialdemokratie gegenüber denjenigen der anderen politischen Parteien dar. Alle anderen vertraten nur die engen Interessen ihrer Klasse, die Konservativen in den verschiedenen Spaltungen diejenigen des Großgrundbesitzes, die Fortschrittspartei machte prinzipiell nur Opposition gegen die Regierung, die Ultramontanen strebten nach der Oberherrschaft der Kirche, die Nationalliberalen vertraten nur die Interessen des Kapitals und der Besitzenden; die Interessen der arbeitenden und nothleidenden Klassen würden einzig und allein vertreten durch die Sozialdemokraten. Diese Interessen beständen nun darin, ein Gleichgewicht herzustellen zwischen Produktion und Konsumtion. Es sei neuerdings statistisch nachgewiesen und vom Minister des Innern ausgesprochen worden, daß 60 Proz. der Bevölkerung ein Einkommen von unter 250 Thlr. haben, während man durch Direktor Engel erfahren habe, daß der jährliche Produktionsgewinn in Deutschland gleichmäßig getheilt pro Kopf 1200 Thlr. ergebe. Um die Differenz werde das arbeitende Volk geschädigt. Die Sozialdemokraten wollten sie ausgleichen, das aber weder durch Theilen noch durch Aufhebung des Eigentums, sondern durch ihre Assoziationen, welchen der Staat allein nur das Gewähren solle, was er der besitzenden Klasse schon seit lange gewähre: Staatskredit. Denn wenn ein Rothschild oder sonst ein reicher Mann zur Reichsbank käme, würden ihm seine Wechsel gern diskontirt, das thäte man solcher Assoziation gegenüber aber nicht, obgleich das Kapital sehr leicht, die Arbeitskraft, welche der Fonds der Assoziation wäre, aber nie bankrott werden könne. Schließlich verwahrte der Herr Referent noch die Sozialdemokraten gegen die Vorwürfe, sie wollten das Eigentum, die Ehe u. dgl. aufheben. Die Heiligkeit der Ehe würde vielmehr verletzt durch die herrschende Produktionsweise, durch welche auch die Frau und die Kinder zum Broderwerb außerhalb des Hauses gezwungen würden. Darum möge das Volk endlich zu der Einsicht kommen, wer denn seine Interessen vertritt, und man möge dieser Einsicht bei der Reichstagswahl, dem größten Feiertage des arbeitenden Volkes, dadurch Ausdruck geben, daß man einen Sozialdemokraten wähle, und zwar hier den für den hiesigen Bezirk aufgestellten Kandidaten, Herrn August Geib aus Hamburg. — Die Versammlung, die diesem Vortrage, den wir hier allerdings nur seinen Hauptgedanken nach wiedergegeben haben, mit gespanntester Aufmerksamkeit folgte, sollte Herrn Kapell lebhaften Beifall und nahm schließlich eine Resolution an, dahin gehend, sie erkläre sich mit den sozialistischen Prinzipien einverstanden und verspreche, für die Wahl des genannten Kandidaten einzutreten. Zum Schlusse wurde eine Teller Sammlung zur Deckung der Unkosten veranstaltet.“

Hamburg. Der „Grundstein“, Organ der deutschen Bauhandwerker, wird nicht mehr in Berlin, sondern in Hamburg in der Genossenschaftsbuchdruckerei des „Hamburg-Altonaer Volksblatts“ gedruckt und erscheint ebenfalls in Hamburg, im Verlage des Herrn Walther, Jakobikirchhof 29. Der Abonnementspreis beträgt bei allen Postämtern in Deutschland vierteljährlich 30 Pf. frei ins Haus, durch Briefträger 45 Pf. An die Walter müssen wir uns an dieser Stelle besonders wenden, mit der Aufforderung, den Grundstein in ihren Kreisen immer mehr zu verbreiten, dadurch, daß sie recht zahlreich darauf abonniren, weil alles, die Vereinerung der Arbeiter betreffend, als Aufsätze, Berichte, sowie alle Bekanntmachungen, vom Vorstande der vereinigten Arbeiter darin veröffentlicht wird. Deshalb nachgelesen, auf und abonnirt auf den „Grundstein“, Organ der deutschen Bauhandwerker, entweder bei den Postämtern oder bei Herrn Walther, Jakobikirchhof 29; ferner in Hamburg bei allen Colporteurs oder bei den Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Arbeiter- und Steinhauser Bundes in den Städten, wo derselbe Mitglieder hat. Mit Gruß
Hurlmann.

Wülheim a. Rhein. 3. November. Sonntag, den 29. Oktober, fand hier selbst eine Volksversammlung statt, welche äußerst zahlreich besucht war, und in welcher Herr Ries aus Köln referirte. Anlaß zu dieser Versammlung gab hauptsächlich ein Wochenblattartikel der hiesigen „Wülheimer Zeitung“ über die sozialistischen Utopien. Der Redakteur besagten Blattes war brieflich eingeladen, zog es jedoch vor, nicht zu erscheinen (vermuthlich aus Furcht vor dem Anti-Vasler'schen Knäuel), sogar fand er es unter seiner Würde, den plebejischen Sozialisten nach Petersburg“, und dann brach er zusammen. Dieses wiederholte sich mehrere Male bis Livadia, ebenso auch hier noch oft, endete aber jedesmal mit der Bitte: Lassen Sie mich nach Petersburg!

„Daß aber gewisse Herren einen solchen Mann, der anfängt die Wahrheit zu sprechen, nicht nach Petersburg lassen wollen, werden Sie begreiflich finden, und so wurde beschlossen, ihn nach Wien zu befördern; er protestirte aber, und als der Czar ihn überreden wollte, fiel er vor ihm auf die Kniee und schrie: Majestät, ich beschwöre Sie bei Gott und allen Heiligen, lassen Sie mich nach St. Petersburg!“ Dabei hielt er den Czaren so fest, daß dieser sich nur erst dann losreißen konnte, als er dem Potapow sagte: „Gut, Du sollst nach St. Petersburg. Jedoch Potapow wurde unter dem Vorwande, daß es nach St. Petersburg gehe, mit sicherer Wache nach Wien befördert. Der Czar aber war sehr gerührt. . . .“

„Es wäre interessant zu wissen, was Herr Potapow in Petersburg so ernstlich wollte, ob etwa den Angiasthall ausmisten? oder die unschuldig dem Hungertode Preisgegebenen befreien? Daß bis jetzt noch solche dritte Abtheilung existirt, gereicht Europa mehr zur Schande, als alle Greuel in der Türkei.“

Der General Potapow ist wahnsinnig geworden, wie der „Vorwärts“ in Nr. 1 und 8 bereits berichtet hat. Einen der verbrecherischen Vampyre der Gesellschaft hat die Nemesis vernichtet — allein das System, das ihn erzeugte — es lebt und blüht, das System in Rußland ermordeht nach wie vor jede freie Denkfähigkeit, verbannet den Fleiß und kautet den Mannesstolz und das Leben von Tausenden, welche in den Kerker der dritten Abtheilung oder in den Wästen Sibiriens und in der Sklaverei der Bergwerke die einzige Wohlthat, auf die sie noch hoffen, vom Tode empfangen.

Mag es! Ihre Geister werden dereinst eine furchtbare Macht sein! — Wehe den Henkern dieser Unglücklichen.
Ex ossibus ultor!
Aus ihren Gebeinen wird der Rächer erstehen.
— Ein erfreuliches Zeichen. Vor kurzer Zeit fand in Rul-
— Ein erfreuliches Zeichen. Vor kurzer Zeit fand in Rul-

Antwort zu schreiben. Herr Ries referirte in längerem Vortrage besagten Artikel, wies an der Hand statistischen Materials das Unhaltbare und Widersinnige des darin Behaupteten nach und zog zum Schluß die persönliche Arbeit des Redakteurs etwas näher an die Dessenlichkeit, wobei oft ein homerisches Gelächter ausbrach; als z. B. Herr Ries der Scheerarbeit besagten Redakteurs gedachte. Hoffentlich werden wir den Wülheimer Sozialistenbrot nach Bismarck'scher Schablone, welcher sich hermetisch verhielt, doch noch soweit bringen, in öffentlicher Versammlung der verbrecherischen Thorheit entgegen zu treten, für welche verdienstvolle Arbeit er bei uns unter die Rubrik der Gesellschaftsretter käme. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, die Reichstagswahl, sprachen, da die Zeit schon zu weit vorgedrückt war, die Herren Bilslein und Werner in kurzen kernigen Worten. Zum Schluß wurde folgende Resolution gefaßt: „Nach den Ausführungen des Herrn Referenten über die heutige gegnerische Presse gegenüber, welche total corrupt ist, und erachtet deshalb nur die sozialistische Arbeiterpresse als ein Bildungsmittel für das Volk.“

Nächstehende Wirthe halten hierorts den „Vorwärts“ und werden den Parteigenossen bestens empfohlen: A. Hudendick, Freiheitstraße; Risch, Unterwallstraße; K. Gießen, Papageiengasse; C. Gau, Windmühlenstraße; Bw. Biervert, Deutzerstraße.
L. Roderburg, Schriftführer.

V. Frankfurt a. M. 7. November. Aus Mainz, unserer Nachbarstadt, habe ich Ihnen schöne Geschichten zu erzählen. Die Demokraten ziehen, oder sind schon gezogen, mit wehenden Fahnen hinüber ins fortschrittliche Lager. Nicht wahr, so ist es recht, so muß es kommen? Allenfalls Farbe bekant und mit dem wahren Gesicht nicht hinter dem Berge gehalten, das ist tugendhaft, das ist ehrlich! Möge es ihnen bei den wiedergewonnenen Brüdern wohl ergehen, an dem guten Willkomm fehlte es dieserseits nicht. Die Herren vom heftigen Fortschritt lieben ja bekanntlich ebenfalls die Prüftage mehr als die Streitart, und so erntet vielleicht Prinz Karnebal, wo der Mainzer Demokrat gefaßt hat. Der „Mainzer Anzeiger“ mit seinen 8000 Abonnenten ist Dank dieser Karnebal'sdemokratie auch schon Jahr und Tag so jämmerlich farblos und matt gehalten, daß er, wenn die Masse von Annancen aller Art nicht wäre, keinen Hund, und wäre es selbst der Bamberger'sche, vor den Ofen lodte. Sein Rivale, der „Neue Mainzer Anzeiger“, der den Sommer über sich eine entschiedenere Haltung beschaffte, lenkt nun angeführt der Wahlen auch wieder um. „Sobald das Geld im Kasten klingelt, die Seele aus dem Regener springt.“ Die Nationalliberalen haben, wie Sie wissen, Geld und verstehen den Ablauf. Auf's Andere können Sie sich einen Vers machen.

Cassel. (Ein zweiter Sparig.) Die hier erscheinende (nichtsozialistische) „Freie Heftische Zeitung“ vom 8. d. bringt folgenden Bericht; der uns der Nähe einer eigenen Correspondenz überhebt: „Cassel, 8. November. In der gestern Abend im Thalia-Theater stattgehabten Disputation zwischen den Herren Redakteur Kutschbach und Pfannkuch hatte sich das Publikum in solchen Massen eingefunden, daß alle Räume bis auf den letzten Platz dicht gefüllt waren, und folgte man mit größter Spannung den Auseinandersetzungen beider Redner. Auf den von Herrn Kutschbach abgelesenen Vortrag, welcher kaum eine halbe Stunde in Anspruch nahm, antwortete Herr Pfannkuch in beinahe ein und einhalbstündiger fließender Rede, um die gehörten Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei zu entkräften, und erntete lebhaften Beifall. Sein Gegner war übrigens einem solchen oratorischen Wettstreit in jeder Beziehung so wenig gewachsen, daß selbst dessen Freunde die nie dagewesene Redheit in hohem Grade bellagen mußten. Die Replik des Herrn Kutschbach fiel denn auch so dürftig aus, daß man wahrhaft erleichtert sich fühlen mußte, als nach einer kurzen Erwidern Pfannkuch's die Versammlung geschlossen wurde. Den Vorsitz führten abwechselnd die Herren Weise, der sozialistischen Partei, und Fabritant Keerl, der antisozialistischen Partei angehörig. Beiden gebührt Dank für die umsichtige Leitung.“

(Auch das „Leipziger Tageblatt“ und die „Berliner Tribüne“ constatiren, daß der liberale Redner vollständig unterlegen sei. Wir wollen noch bemerken, daß der Redakteur Kutschbach von der hiesigen Genossenschaftsbuchdruckerei auf Bestellung folgende Schriften erhielt: Vassale: Verfassungswesen, Antwortschriften, Fichte's Philosophie, Arbeiterlehre, Arbeiterprogramm, Feste und Presse, Bastiat-Schulze, — Liebknecht: Grund- und Bodenfrage, — Bebel: Unsere Ziele, — Hillmann: Internationale, — Most: Lösung der sozialen Frage. Diese elf Schriften, von denen der Baptist-Schulze allein einen stattlichen

eine Anzahl von Bibeln und Neuen Testamenten den Vaterlandsverteidigern“ unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Auf eine dahingehende Aufforderung des Feldwebels trat — Niemand vor.

— Folgende Erklärung unserer Parteigenossen Grillenberg in Nürnberg, die er im „Nürnberg. Arbeiter Sozial-Demokrat“ erläßt, mag hier ihren Platz finden:

„In der letzten Nummer des „Blech“ wird behauptet, daß ich am Montag vor acht Tagen in der Versammlung bei Merk gelegentlich meines Vortrags über „liberale Wahlvorbereitungen“ den Abgeordneten Vasler dadurch lächerlich zu machen gesucht habe, daß ich die Citirung von dessen Redensarten „geißelt“ hätte. Ich habe darauf bloß zu bemerken, daß der betreffende Berichterstatter ein unverschämter Lügner ist; denn ich habe lediglich das wörtlich, oder richtiger buchstäblich wiederholt, was Vasler in Böhmek's Bericht des Haftpflichtgesetzes sagte. Und dieser Satz lautete folgendermaßen: „Ich erkläre Jedem für einen Friedensbrecher, der sich erlaubt zu nennen das Haftpflichtgesetz ein schlechtes Gesetz.“ Was darüber hinaus behauptet wird, ist erlogen.“

Die Folgen der Erklärung weiter nichts hinzu, als daß Herr Vasler uns bei obiger Redewendung nicht nur als ein Sagoerdreher, sondern auch als ein sonderbarer „Rechtsverdreher“ erscheint. Er tritt als Beschuldiger eines Nachwerks auf, welches er selbst verfaßt hat und mit der Unschicklichkeit eines juristischen Pades schleudert er sein „Anathema“ gegen Jeden, der dasselbe nicht für gut erklärt. Das Haftpflichtgesetz ist unsern Lesern bekannt. Es ist allerdings ein „schlechtes“ Gesetz, weil der geschädigte Arbeiter den Beweis erbringen muß, daß durch die Schuld des „Arbeitgebers“ oder seines Vertreters das Unglück passiert ist. Dieser Beweis aber ist sehr schwer für arme Arbeiter zu erbringen. Wäre das Haftpflichtgesetz nicht viel besser, Herr Vasler, wenn der Fabrikant bei einem Unglücksfalle nachweisen müßte, um seiner Haftpflicht zu entgehen, daß der Arbeiter selbst Schuld an demselben gehabt habe?

— Herrn v. Unruh's Ideal verwirklicht: Durch die Zeitungen geht folgende Notiz:
„Der Eberwitzer unter den Eingeborenen der Insel Ceylon ist etwas über Gebühr einfach; der Mann sagt zum Weibe: „Komm her, und die Ehe ist geschlossen;“ er sagt zu ihr im Weisen von ein paar Jungen: „Geh fort“, und die Ehe ist geschieden. Die diese Worte begleitenden Gesten sind ein Wink bei der Heirat, und ein Fugtritt bei ihrer Lösung.“
Es fehlt bloß der Unruh'sche Thaler. Sonst stimm's auf ein Haar.

Band bildet und eines achtstägigen Studiums bedarf, erhielt Herr Kutschbach am 1. Oktober; den 7. war die Disputation. Daß es nun ungemein leichtfertig ist, in den wenigen Tagen den Sozialismus gründlich studiren zu wollen, um in öffentlicher Rede gegen denselben anzukämpfen, das möchte jedem Unbefangenen einleuchten. Doch man ist dies bei den Liberalen gewohnt — ein bodenloser Leichtsin, eine Oberflächlichkeit sonder Gleichen und dabei eine colossale Frechheit — deshalb auch hier wieder der glänzende Durchfall, der nothwendig auf die unverdauende geistige Nahrung folgen mußte. (D. Red. d. „Vorwärts“.)

Hannau. 31. Oktober. Die von unserer Partei einberufene Volksversammlung, welche am 30. d. M. im Saale zur Reichstagswahl stattfand, war äußerst gut besucht. Ueber die Tagesordnung: „Der Reichstag und die Sozialdemokratie“, referirte der Reichstagsabgeordnete Herr Aug. Geib aus Hamburg. Redner erläuterte in fast 1 1/2 stündigem Vortrag die Organisation des Reichstags. Die verschiedenen Parteien und Fraktionen wurden einer gründlichen Kennzeichnung unterworfen, hauptsächlich wies Redner nach, daß durch die Zusammenfassung des Reichstags und seines innern Weisens wahre Volksbeschlüsse unmöglich seien. Auch der Bundesrath, resp. dessen Zusammenfassung, wurde gründlich beleuchtet, und nachgewiesen, daß derselbe in allen wichtigen Fragen durch Preußen beherrscht würde. Sodann beleuchtete Redner die Prinzipien und Tendenzen der vorhandenen Fraktionen, zeigt deren reaktionäres Wirken, ihr Versteckenpiel, das schließlich immer mit Compromissen und dergleichen endige. Die ultramontane Partei, welche sich öfters in heftiger Opposition gegenüber der Regierung befände, wolle trotz alledem nichts mehr und nichts weniger als Knechtung des menschlichen Geistes, aber auch die Regierung beweise durch ihre Schulregulative, daß es ihr ebenjowenig um eine wahre Volkserziehung zu thun sei. Das heutige Erziehungssystem sei derart, daß eben die Jugend nach einer Schablone herangebildet würde, die Entwicklung der schlummernden Geisteskräfte würde eingeeignet und zurückgehalten. Die freie Volksschule nur könne den Menschen zu dem machen, was er von Rechts wegen sein müsse. Vordem daß Redner die Prinzipien der Sozialdemokratie erläuterte, erwähnte derselbe zunächst die aus dem Lager der Gegner uns gemachten Vorwürfe, welche hauptsächlich darin beständen, daß wir das Eigentum abschaffen wollten, daß wir ferner die Ehe nicht mehr wollten, auch die Religion wollten wir beseitigen, sodann machte man uns den Vorwurf der Internationalität. Diese 4 Punkte unterzog Redner einer ausführlichen und strengen Kritik, und es war wohl Niemand anwesend, der nicht aus Gesagtem die Ueberzeugung gewonnen, daß die Vorwürfe der Gegner auf Unkenntnis und Ignoranz beruhen. Zum Schlusse geht Redner zu den Verbesserungen über, welche von unserer Partei verfolgt würden; klar und verständlich wies derselbe die Unhaltbarkeit der heutigen Einrichtungen nach, ebenso die Ungerechtigkeiten, welche in der heutigen Gesellschaft herrsche. Schließlich erwähnte Redner, daß die Anwesenden Alles thun möchten, um den Sieg zu erringen und den aufgestellten Kandidaten Herrn Frohme, den er in jeder Hinsicht empfehlen könne, kräftig zu unterstützen. (Allgemeiner Beifall.)

Aus dem Meininger Wahlkreis. 7. Nov. (Schluß.) Nachdem Vasler gesprochen, sprach noch Oberbürgermeister Müldert über die Matritularbeiträge, deren Abschaffung sehr wünschenswerth sei, was Vasler zugestand, mit dem Versprechen, daß dieselben, wenn möglich durch die Einführung der preussischen Stempelsteuer für das Reich ersetzt werden sollten. — Es erfolgte nun die Anfrage, ob noch Jemand eine Interpellation an den „verehrten Herrn Abgeordneten“ zu richten habe. Ich meldete mich zum Wort und fragte zunächst, ob es gestattet sei, dem Redner prinzipiell entgegenzutreten. Dies wurde mir natürlich in liberaler Weise — verweigert, worauf ich meine Verwunderung darüber ausdrückte, daß der Abgeordnete eines Wahlfreies nicht Bericht vor versammeltem Volke, sondern in einer Parteiversammlung erstatte. Als Antwort erfolgte Wortentziehung. Doch waren Fragen immer noch gnädigst gestattet. Nun fragte ich den Herrn Doktor, warum er denn nicht von der Gruberei, sowie den zahlreich anwesenden Arbeitern von der Art und Weise, wie man das „Haftpflichtgesetz“ gemacht und namentlich von seiner Thätigkeit dabei erzählt habe. Mit größtmöglicher Pathos und „sitlicher Entrüstung“ in jedem Worte erklärte nun Vasler, „er nenne jeden einen Friedensbrecher, der sich erlaube, das Haftpflichtgesetz ein schlechtes Gesetz zu nennen.“ Und während es doch unumstößliche Thatsache ist, daß — während bei Eisenbahnunglücken der Unternehmer den Nachweis zu führen hat, daß nicht er dafür verantwortlich sei — der Arbeiter, der in Fabriken ic. zu Schaden kommt, erst nachweisen soll, daß der Fabrikant, dessen Verantw. der Einrichtungen hieran schuld sind, stellte Vasler den Sitz des ganzen Gesetzes auf den Kopf und log der Versammlung frech in's Gesicht, daß gerade durch das Haftpflichtgesetz der Arbeiter von diesem Nachweis entbunden worden sei!!! Den § 4 aber, der den Bourgeois gestattet, die Arbeiter selbst zur Zahlung allenfallsiger Entschädigungen indirekt anzuhalten, habe er deswegen in das Gesetz hineingebracht, um damit „die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu festigen.“ Die Sozialdemokraten aber, welche nur Unfrieden zwischen den verschiedenen Klassen säen wollen, seien aus dem Grunde im Reichstag gegen diesen Paragraphen gewesen, weil sie — wie sie dort erklärt hätten — überhaupt keinen Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeiter haben wollten! (Großer Beifall seitens der Bourgeois.) Was nun die Grubereien anbetreffe, so könne sich da Jedermann vor Schaden bewahren, indem man ja nicht schlechte Papiere zu kaufen brauche, wodurch den Gründern der Boden entzogen werde! Punktum. Dann noch eine kleine Lobrede auf sich selbst, daß er es gewesen, der die Enthüllung der Grubereien angeregt (aber nicht durchgeführt), wie sie vorherprohen, Dr. Doktor!), dann Schluß mit „Hoch“, natürlich vorher noch Abtänzung, die für Vasler „glänzend“ ausfiel. Die Liberalen triumphirten, aber nicht lange. Am nächsten Tage war Versammlung von unserer Seite. Und obwohl die Arbeiter-Pöbels aus ihren „liberalen“ Ausbeutern auf's Keuchste gezeichnet werden, physisch sowohl wie moralisch, so waren sie doch in Masse herbeigekommen, die Proletarier, die hier nicht ununterbrochen an das Marterinstrument, Weibstahl genannt, gebunden sind, um Zeugniß für ihre Gesinnung abzulegen. Und der Erfolg war ein glänzender! Näheren Bericht werden die dortigen Genossen selbst erstatten. — Nun ging's durch den Wahlfreis weiter: heute Vasler, morgen Grillenberg, eine reine Hehljagd. Am Dienstag war Volksversammlung in Gräfenthal. Dieselbe war vorzüglich besucht, trotzdem es erst Morgens um 9 Uhr bekannt geworden war, daß Abends Versammlung sein sollte. Es ist in dem Ort ein waderer demokratischer Kern im Bürgerstande vorhanden, der dem Sozialismus nicht unzugänglich ist und die Porzellanarbeiter, die einen ziemlichen Prozentsatz der Bevölkerung repräsentiren, sind gute Sozialdemokraten und wollen von dem Herrsch-Lunder'schen Schwindel, der sie früher bestritten hatte, nichts mehr wissen, wie Herr Polke erst kürzlich

— Ein erfreuliches Zeichen. Vor kurzer Zeit fand in Rul-
— Ein erfreuliches Zeichen. Vor kurzer Zeit fand in Rul-

zusammen. Nachmittags war „liberale“ Vorstellung in der Turnhalle, Abends halb 9 Uhr Volksversammlung, von uns einberufen, im Schießhaus. Man hatte wahrscheinlich darauf gerechnet, daß die Arbeiter nicht in die Turnhalle kommen würden, weil man das Schauspiel Nachmittags ausführte, allein das nähte nichts; aus der ganzen Umgegend und aus der Stadt hatten sich neben dem Proletariat auch die Arbeiter eingefunden, um den „großen“ Laster zu sehen und zu hören. Der Eindruck, den sie mit fortgenommen, läßt sich am Besten beurteilen aus der Abendversammlung, die noch stärker besucht war als die in der Turnhalle, trotzdem, oder auch vielleicht weil, Herr Kreisgerichtsdirektor Rüdert die Bevölkerung öffentlich vor dem Besuch dieser Versammlung gewarnt hatte. Zu einer Disputation konnte es auch hier nicht kommen, da Laster gleich von vornherein erklärte, auf „Stiergefächte“ könne er sich nicht einlassen, und die „Herren vom Comité“ ebenfalls nur 10 Minuten Redezeit zur „Fragestellung“ gestatteten. Um so gründlicher konnte ich — da ich die zweistündige Lasteriade Nachmittags mit angehört — am Abend „über die Berichterstattungsweise des Herrn Dr. Laster in seinem Wahlkreis“ (so lautete unsere Tagesordnung) mich aussprechen. — Unsere ganze Agitation darf wohl als wirksam bezeichnet werden, und wenn der Kreis weiter tüchtig bearbeitet wird, was aber bei den mangelhaften Verbindungen und dem notorischen Geldmangel bei den meisten unserer dortigen Wähler resp. Gesinnungsgenossen mit ziemlichen Schwierigkeiten verbunden ist, so dürfte Herr Laster zum letzten Mal dort Bericht erstattet haben. C. Grillenberger.

Seh. (Für den Wahlkreis Raumburg-Weißensfels.) Da Herr Langer von hier abgereist ist, so sind alle Briefe etc., die Wahlangelegenheiten betreffen, bis auf Weiteres an Unterzeichneten zu richten. Gleichzeitig ersuche ich die Genossen der verschiedenen Orte unseres Wahlkreises um Einsendung von Adressen behufs Einleitung der zur Wahlagitiation nötigen Verbindung. Hermann Graul, Neumarktstraße.

Zu Sachen Klute's, der sich immer noch in Haft befindet, schrieb die „Reiger Zeitung“, daß derselbe auf Grund des bekannten § 130 angeklagt sei. Dieser lautet: Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 200 Thalern oder mit Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren bestraft.

Dresden, 8. November. (Verein der Sattler und Berufsgenossen.) Die Urabstimmung hat ergeben, daß die Majorität der Mitglieder gegen die Einführung des Fachorgans ist. Angesichts dieses Resultats beschloß der Vorstand, die nächste halbjährliche Abrechnung nebst einem Bericht des Vorstandes drucken zu lassen und an sämtliche Mitglieder zu vertheilen. Es ergibt daher an alle Vertrauensmänner resp. Kassierer das Ersuchen, die Abrechnungen bis inclusive Oktober baldigst an den Kassierer einzufenden, sowie auch einen Bericht über den Stand der Mitgliedschaften beizufügen.

Mit collegialischem Gruß

Otto Hammer, Vors., Trompeterstr. 19, 3 Tr.

Ronsdorf. An die Parteigenossen des Wahlkreises Lennep-Rettmann. Parteigenossen, der Tag der Wahl rückt näher und näher. Vollen wir anderen Kreisen gegenüber das in uns gesetzte Vertrauen rechtfertigen und unseren Candidaten Jakob Audorf jr. aus Hamburg siegreich aus der Wahlurne hervorgehen lassen, dann heißt es noch tüchtig die Hände röhren. Insbesondere erwarten wir von den entfernter wohnenden Parteigenossen, daß sie sich wenigstens brieflich mit uns in Verbindung setzen, um eine planmäßige und erfolgreiche Agitation ins Leben rufen zu können. Verlaßt Euch nicht auf das Centralwahlcomité allein; thue Jeder seine Pflicht, und der Sieg ist uns sicher.

Für das Centralwahlcomité: Ernst Wille, Rurfarthenstraße.

Glauchau. (Niederlage der Sozialdemokraten.) In Glauchau sind bei der Stadtverordneten-Ergänzungswahl die Sozialdemokraten total unterlegen, so jubelt die gesammte gegenwärtige Presse. Die Niederlage ist eine unbestreitbare Thatsache, und die Gegner haben ein Recht zu jubeln, denn sie haben mit mehr als der doppelten Stimmenzahl unsere Gesinnungsgenossen geklopft. Wie war dies möglich? Hören wir fragen. Seit sechs Jahren waren unsere Gesinnungsgenossen im Glauchauer Stadtverordneten-Collegium oben auf; die Liberalen hatten sich in ihr Schicksal scheinbar so sehr ergeben, daß sie voriges Jahr nicht einmal einen Wahlkampf wagten, sondern ohne Kampf der Sozialdemokratie das Feld überließen. Diese Unthätigkeit brachte den Glauchauer Liberalen heftige Vorwürfe in ihrer Parteipresse ein. Die einen derselben versuchten ihre gänzliche Passivität in der „Deutschen Allgem. Ztg.“ charakteristisch Weise damit zu motiviren, daß das sozialdemokratische Collegium in einer Weise die Communalangelegenheiten führe, daß man auch gegenwärtig keine ernst Anklagen gegen es erheben könne. — Tad nach einem Jahre diese Niederlage! Alles in der Welt hat einen zureichenden Grund, so auch die Niederlage unserer Genossen. Sie ist kein Zeichen vom Niedergang, von dem so gerne die Gegner fälsch, obgleich sie dies in dem vorliegenden Falle auch noch nicht zu behaupten gewagt haben, die nächsten allgemeinen Wahlen möchten ihnen darauf eine gar unpassende Antwort geben; die Niederlage ist durch unsere Glauchauer Genossen selbst verschuldet. Durch ihre fortwährenden Siege und die Niederlage der Gegner hochmüthig gemacht, glaubten sie, es könne ihnen gar nicht fehlen. Sie waren so sehr ihres Sieges gewiß, daß sie die einfachsten Vorsichtsmaßregeln außer Acht ließen. Nicht einmal Stimmgelbte wurden vertheilt. Eine Aufforderung zur Theilnahme an der Wahl erschien nur ein einziges Mal in dem dortigen Parteiorgan, ohne diese würden die answärtigen parteigenösslichen Leser keine Ahnung gehabt haben von dem wichtigen Akt, welcher der Glauchauer Commune bevorstand. —

Dieser blinde Vertrauensdusel gab den Gegnern den Muth, den Wahlkampf zu wagen. Die Vorbereitungen wurden in aller Stille getroffen und Alle auf die Beine gebracht, aber die man verfügen konnte. Obgleich wenige Tage zuvor das Geplänkel im gegnerischen „Tageblatt“ eröffnet wurde, legten unsere Genossen dem keine große Bedeutung bei; man war ja des Sieges so sicher. Die Folge war eine vollständige Ueberrumpfung, ähnlich wie sie seiner Zeit der „alte Fritz“ durch die Oesterreicher bei Hochkirch erlitt. Durch den Mangel an sozialdemokratischen Stimmgelbten und durch den Mangel an Agitation kam es, daß Bürger, denen von liberaler Seite durch Boten eine Aufforderung zum Wählen zugesandt wurde und die einen Stimmgelbte in die Hand gedrückt bekamen, dieser Aufforderung folgten und erst zu spät gewahr wurden, wenn sie gewählt. — So war die Niederlage eine selbstverschuldet, und man darf hinzusetzen, auch eine wohlverdiente. Eine Kampfpartei wie die unsere darf sich nicht auf die Bärenhaut legen und glauben, mit den erlängten Vorbeeren zufrieden sein zu können. Wir müssen den Gegner unermüdt bekämpfen, ihn überall hin verfolgen, ihn bekämpfen bis zur Vernichtung. — Die Glauchauer Niederlage ist aber auch eine Lehre, daß man den Gegner nie unterschätzen soll. Wir dürfen nie siegesgewiß sein, sondern müssen, auch

wenn wir den Sieg zweifellos auf unserer Seite wissen, so kämpfen, als sei er ungewiß. Dann sind wir vor Ueberrumpelungen sicher, und die Masse wird zur Thätigkeit aufgerüttelt, die ihr unter allen Umständen nur nützen kann. — Die Glauchauer Genossen haben die erlittene Niederlage bei der nächsten Reichstagswahl auszuweichen. Sie werden ihre Schuldigkeit thun.

Saale, 4. November. Am 11. v. M. hatten die Liberalen in Delitzsch eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher sogenannte Berichterstattung des Landtags- und Reichstagsabgeordneten erfolgte. Die Versammlung wurde um halb acht Uhr eröffnet, so daß die Arbeiter größtentheils verhindert waren, an derselben Theil zu nehmen. Der Reichstagsabgeordnete Thilo behauptete, die Sozialisten hätten im Reichstage eine große Anwesenheit an den Tag gelegt, belundete aber zu gleicher Zeit seine eigene „Reise“ damit, daß er nicht den geringsten Beweis für die Beschuldigung der sozialistischen Reichstagsabgeordneten vorzubringen wußte. Seine Stellung zum Hülfssängergelei motivirte er bündig dahin: „Natürlich, die Herren wollen Strikvereine dabei haben, aber Striks sind staatsgefährlich, und wo man solche Vereine entdeckt, — da werden sie aufgelöst.“ Ich meldete mich zur Interpellation, aber — „Ein Hallenjer hat hier nichts mitzureden!“ war die Antwort des Vorsitzenden, des Kreisrichters Grobe. Mehrere Delitzscher Genossen konnten nur mit Mühe unter dem fürchterlichen Lärm einige kurze Bemerkungen vorbringen. Ein erneutes Gesuch an den Vorsitzenden, mich sprechen zu lassen, hatte ein Gebrüll zur Folge, daß einen mit menschlichen Begriffen ausgestatteten Menschen in Zweifel bringen konnte, ob er sich in einer Gesellschaft von Menschen oder Oesen befand. Ein eleganter Stroch schrie von der Bühne herunter sein „Raus! raus!“ mit solcher Anstrengung, daß er bis über die Ohren roth glühte. Einige zu jedem Dienst für die Herren bereite Lakaien, dem Anscheine nach „Reisler“, machten, unter dem Beifallsgeheul ihrer noblen Complicen, handgreifliche Versuche, mich herauszuführen, was ihnen indessen nicht gelang. Ein alter Fortschrittler, Mitglied des Wahlcomités der vereinigten Liberalen und Freikonservativen, hielt, wahrscheinlich um dem ganzen Mandat die wohlverdiente Krone anzusehen, eine begeisterte Rede für Wiederwahl des freikonservativen Abgeordneten Thilo, die auch beschloß wurde. Alles eine reactionäre Masse, die ungeschickterweise Alles anbietet, um uns den Sieg leicht zu machen. — Am 2. November hielten wir eine Versammlung im benachbarten Städtchen Wettin ab. Leider waren die Arbeiter nur in so geringer Zahl erschienen, daß sich die „Gebildeten“ wieder einmal gehörig austoben konnten. Der Apotheker und der Probst machten zunächst ungenirt ihre Bemerkungen zu jedem einzelnen Satz meines Vortrages. Die anderen strebenden Gewattern Schullehrer und Wäster glaubten denselben Beruf zu haben, so daß sich nach und nach ein heillofes Gewirre von Interpellationen entwickelte, das mich auf weitere Ausführungen zu verzichtete zwang. Sofort ergriff nun, trotzdem der Vorsitzende die Versammlung geschlossen hatte (da hätte der Halle'sche Sparg dabei sein müssen), der wohlbesaltene Probst das Wort, um die Versammlung unter währendem Geschimpfe auf die Sozialdemokraten und dem Beifallsgeheul der Dicken und Satten zu belehren: „daß es immer Reiche und Arme geben müsse. Die Arbeiter aus dem Kohlenbachtal wären nicht erschienen, weil sie wissen, daß ihnen diese Volksversammlungen doch keine Campaignen stellen können, damit sie ihren lauren Gang zur Arbeit fahren könnten. Die auch freilich nicht zu gut gelohnten Arbeiter des Guts wären nicht gekommen, weil ihnen doch die Sozialdemokraten das oft versprochene Schlaraffenleben nicht verschaffen können. Er gratulire sich, Pastor von Wettin zu sein, wo ein so gesunder Sinn in der Arbeiterbildung herrsche, daß unsere Armen sich durch diese Hezereien nie verleiten lassen werden. Er habe auch drei Jüngens in Halle aus dem Gymnasium, die kosten schweres Geld, wer beschafft mir das?“ Bravo! schrie ein armer Gutsbesitzer. — Diese verzwickte Frage ließ der Herr Probst unbeantwortet, er wird auf seinen Hagenjagden oder beim Champagner auch nicht sonderlich darüber nachdenken. Eine Widerlegung dieses unsinnigen Gewäschers war bei den ununterbrochenen Ergießungen des heiligen Bildungsgewässers der Wettiner hantlo volles nicht gut möglich, zwei angesehene Bürger in angeheitertem Zustande, einer ist Stadtverordneter von Wettin, vertraten mir gleich den Weg zum Rednertisch und herrschten mich an: „Unterstehen Sie sich, unsern Pastor zu widersprechen“, und verzerrten gretlich ihre Gesichter. Ein reicher Oekonom war soweit hingerissen, daß er unter Zustimmung seiner Spießgesellen andrieß: „Das Beste wäre, wir hauten dem die Jacke voll.“ Mit dem Gedanken an Schiller's „Anfina Du siehst“, verliehen wir den Saal, um in Gemeinschaft mit ca. 20 dortigen Arbeitern und, wie ich rühmend hervorheben will, auch einigen Gutshäusern, die eine ehrende Ausnahme von der Regel machten, in einem mehrstündigen geselligen Gespräch das zu erreichen, was Jene glänzlich erreicht glaubten. Die Liberalen haben sich auch hier wieder eine moralische Niederlage bereitet, wie wir sie ihnen nicht besser beibringen können. H. Köddiger.

14. sächsischer Wahlkreis.

(Vorna, Vorna.)

Sonntag, den 19. d. Mts. Mittags 11 Uhr, findet auf dem Bahnhofs zu Ronsdorf eine Conferenz behufs Reueigung der Agitation für die Reichstagswahlen statt. Die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert das Erscheinen von Genossen aus allen bedeutenderen Orten des Wahlkreises.

Gröbburg, den 10. November 1876.

Das Wahlcomité: J. A. Otto Hänsler.

Briefkasten

der Redaktion. Der Einlander der Correspondenz aus Mainz in Nr. 103 des „Vollstaar“ von diesem Jahre wird ersucht, uns anzugeben, welche Beweismaterialien für das, was er über die Invalidenthose der Schott'schen Musikalien-Druckerei mitgeteilt hat, zu beschaffen sein werden. Eine That noth! — Verschiedene Einsendern: Ein für alle Male lehnen wir es ab, sogenannte „Stechbriefe“ in unserm Blatte aufzunehmen; mögen die Parteigenossen auf irgend eine andere Weise den eventuellen Unannehmlichkeiten, die ein Schwindler hier und dort durchrichten kann, vorzubeugen suchen. Durch Aufnahme solcher Zusendungen aber würden wir das kleinere Uebel nur durch ein größeres erscheiden. Lediglich kann der Parteivorstand in dringlichen und bedeutenderen Fällen eine Ausnahme machen.

der Expedition. S. Schledach's Frage: Zu viel geschandte R. B. erbiten retour. R. St. Nr. 51 vergriffen. Mit Bw. senden rückständige R. B. 45 und von nun an 2 R. B. unter genauer Adresse. — U. Voas, Altona: Ihren Brief vom 9. d. haben wir an die frühere Exped. d. R. S. D. gefandt. — J. Schuber, Hermannstadt: Irrthum ist berichtigt. Sie haben noch 40 Bg. gut.

E. Galau: Bestern Sendung an Sie abgegangen; falls dieselbe nicht eingetroffen, bitte um Nachricht. D., Hamburg.

Quittung. Sattlerver. hier Ann. 0,60. Ulrich hier Ab. 2,10. Ebnan hier Ab. 3,40. Fähr Walaun Schr. 2,30. Schr hier Ann. 0,30. Fähr hier Ab. 3,60. F. Wein Plane Schr. 7,0. C. H. Riblich Dortmund Ann. 1,65. F. Hüßin Kählheim Ab. 13,10. E. Berg Friedberg Schr. 7,20. U. Rdr Kappel Schr. 4,50. Administ. d. Arb. Wochenblatt West Ab. 10,88. F. Sahaj Gray Ab. 4,97. Rudolph Nord Ab. 1,66. Von hier Ab. 0,60. Sch. Wiesbaden Schr. 0,50. Schwarz So-

rau Schr. 0,25. Pfla Weisthaden Ab. 1,00. Ndr Reudnig Schr. 6,00. F. für Klosterneburg Ab. 1,65. J. Schöb Hermannstadt Ab. 4,97. Schür Jubenburg Ab. 0,88. J. Endes Kugsburg Ab. 100,00. F. Brühl Wittweida Schr. 10,00.

Altona. Heintz's Salon: **Volksversammlung.**

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Weidemann aus Hamburg. H. Gandelach.

Sonnenwiz. Arbeiterverein. Montag, 20. d. M., Generalversammlung im Waldschloßchen (Rosenhalle). Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht; 2. Vorstandswahl; 3. Antrag etc. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand. (2a)

Dortmund. Sonntag, den 26. November, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kellensmann auf dem Berge: **Generalversammlung**

der Mitglieder der Westfälischen Genossenschafts-Buchdruckerei. Tagesordnung: Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrathes. Aufnahme neuer Mitglieder. (3,00) Zu zahlreichem Erscheinen ladet ein Der Vorstand.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Mittwoch: Vortrag von Hrn. Verneke über Naturschau. (30)

Leipzig. Sitzung der Commission zur Beschaffung eines Verleselokal: Donnerstag Abend 8 Uhr. (20)

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 18. November, Abends 8 Uhr, Windmühlentstraße 7: **Versammlung.** Tagesordnung: Fortsetzung des Vortrages: Unsere Schulen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. (50)

Ottensen. Donnerstag, den 16. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Burmeister's kleinen Saal (1 Treppe): **Sozialisten-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Wahlcomités. 2. Wichtige Angelegenheiten und Vortrag. — Sämtliche Sozialisten Ottensens ersuche ich zu erscheinen. F. Derschold. (70)

Ottensen. Am Montag, 20. November, in Burmeister's Salon und arrangirt von den Sozialisten Ottensens: **Arbeiterfest**

bestehend in Concert und Ball, Festrede gesprochen von Hrn. Höria, nebst declamatorischen Vorträgen unter gefälliger Mitwirkung der Ottensener Liedertafel „Vollstaa“ und des Gesangsvereins. Karten im voraus sind in den bekannten Wirtschaften und in allen Versammlungen zu haben für einen Herrn nebst Dame 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg., Damenkarten extra 15 Pfg. Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Das Comité. NB. Der Reinertrag wird zur Reichstagswahl verwandt. Ein tüchtiger Vorbereiter auf geschlagene Arbeit kann sofort in Arbeit treten bei Hermann Marx in Saarbrücken. (2a) (60)

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 5 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Die Leipziger Commune. — Nationalliberales Wahlbekenntnis. — Correspondenz. — Kuno Sparrig's von Gosenheim Erste Brandrede (mit des Redners wohlgelungenen Conterfei). Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“.

Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingekauft werden muß, beträgt auf — 4 Expl. 10 Pf., auf 5 — 8 Expl. 20 Pf., auf 9 — 16 Expl. 30 Pf. Bezug nur gegen baar oder Nachnahme. Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Für den Wahlkampf.

Im Anfang November werden erscheinen und sind durch alle Buchhandlungen sowohl wie direkt zu beziehen:

I. Was wollen die Sozialdemokraten? Ein sozial-politisches Gespräch. Von H. Oldenburg. Preis im Buchhandel 50 Pf. für Arbeitervereine einzeln 30 Pf., bei Partien 20 Pf.

Der Verfasser beantwortet die aufgeworfene Frage in fesselnder Darstellung recht gründlich.

II. Die Verzweigung im liberalen Lager. Antwort auf die sieben Artikel der Magdeburgerischen Zeitung und die Schmähchrift des Herrn von Unruh. Von Wilhelm Brauke. Preis im Buchhandel 25 Pf. für Arbeitervereine einzeln 15 Pf., bei Partien 10 Pf., 50 Stk. 4 Mk., 100 Stk. 12 Mk., 500 Stk. 50 Mk.

Die für Arbeitervereine bestimmten Preise gelten nur bei direktem Bezug gegen Einsendung des Betrags oder Postverrechnung. Um recht bald ge Aufgabe von Bestellungen wird gebeten; nach der Reihenfolge der eintreffenden Bestellungen wird expedirt. — Die Schrift: „Nieder mit den Sozialdemokraten!“

ist fortwährend zu denselben Preisen, wie die obige Brauke'sche Schrift zu beziehen; bei Verwendung großer Partien zu Wahlzwecken besondere Vereinbarung. Auflage jetzt 95,000. Braunschweig, 30. Oktober 1876. (3c) W. Brauke jr.

Zur Beachtung!

Wir beabsichtigen dem vorliegenden Hefte (Nr. 17) der **Neuer Welt** eine

Extra-Annoucenbeilage beizugeben und berechnen die dreispaltige Beilage oder deren Raum mit 50 Pfg.

Bei der großen Auflage — 20,000 — der **Neuen Welt** sehen wir zahlreichen Aufträgen entgegen und ersuchen Reflectanten, uns ihre Inserate unter Beilegung des Betrages rechtzeitig einzusenden. — Eine Zeile fast etwa 8 Worte. Leipzig, im November 1876.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei, Färberstraße 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: H. Gandelach in Leipzig.